



## „Bei den Ideen, was man mit den Steuerüberschüssen so machen könnte, fehlt die naheliegendste: Schulden tilgen, die Hypothek für die folgenden Generationen abbauen, für die nächste Rezession vorsorgen.“

Martin Köhle, Prien (Bayern)

### Debatte über Investitionen

Nr. 34/2016 Steuern runter!  
Volle Kassen, geschöpfte Bürger

Das Titelbild legt nahe, der Bundesadler bekomme einen dicken Bauch, weil er so viel Steuergelder frisst. Dieser Bauch wird aber vorerst nicht dick: Bund, Länder und Kommunen haben derzeit über 2100 Milliarden Euro Schulden!

Dr. Henning Klauß, Fürstenwalde (Brandenb.)

Die vorgeschlagene Entfernung des Mittelstandsbauches und gar die Verschiebung des Spitzensteuersatzes auf 80 000 Euro mögen den kleinen und mittleren Einkommen ein bisschen helfen. Richtig Sahne würden aber die hohen Einkommen machen. Der Mittelstandsbauch kann nur dann einigermaßen gerecht abgemagert werden, wenn der Spitzensteuersatz erhöht wird.

Dietram Hoffmann, Überlingen (Bad.-Württ.)

Dank der guten Konjunktur sprudeln die Steuereinnahmen in die Staatskasse wie nie zuvor. Durch die Niedrigzinspolitik der EZB beträgt der Zinsdienst für die Schulden des Bundes von mehr als 1100 Milliarden Euro gerade mal 24 Milliarden Euro. Dieser einmalig günstige Umstand könnte den Menschen segensreiche Steuererleichterungen bringen und dadurch gleichzeitig eine stärkere Binnennachfrage auslösen. Oder wenigstens könnten dringend nötige Investitionen auf dem Arbeits-, Sozial- und Bildungssektor geschaffen werden.

Reinhard Metzger, Rottenburg am Neckar (Bad.-Württ.)

Ihr Artikel stellt prägnant die Einnahmesituation des Staates, den Windfall-Profit aus kalter Progression und Draghis Nullzinspolitik und den Handlungsbedarf zur Erhöhung der Transparenz im Steuersystem dar. Wenn aber der Staat auf den Ebenen Bund, Länder und Gemeinden über derartige Mehreinnahmen verfügt, ist der Skandal auch auf der Seite der Mittelverwendung zu suchen: miserabel ausgestattete Schulen und Unis; innere Sicherheit, die keine mehr ist; Familien, die nicht genug Geld haben, um die Ausbildung ihrer Kinder bezahlen zu können; öffentliche Infrastruktur, die verrottet. Aus der Schere zwischen überbordender Belastung und Versagen der Politik in der Mittelverwendung resultiert der Frust über die Politik, den viele redliche Steuerzahler verspüren.

Rüdiger Pestlin, Hamburg

Es wäre sicher sehr sinnvoll, darüber zu debattieren, welche Umgestaltung und Umschichtung der Steuerlasten zugunsten geringer verdienender Personen zu leisten wären, ansonsten aber wäre es wesentlich sinnvoller, zu analysieren und zu debattieren, welche öffentlichen Investitionen nötig wären, um das Land nachhaltig wirtschaftlich und sozial gerechter zu machen – also eine gleichere Wohlstandsverteilung für alle zu gewährleisten. „Steuern runter!“ kann das nicht leisten und sollte nicht das Titelthema des SPIEGEL sein.

Till-Ulrich Hepp, Darmstadt

Entscheidend ist nicht die Steuerquote, sondern die Summe aus Steuerquote und Haushaltsdefizit. Deutschland hat mit einer Summe von 22,3 Prozent einen der niedrigsten Werte aller EU-Staaten. Von einer besonders hohen Belastung der Bevölkerung kann also keine Rede sein.

Jürgen Heidmann, Hamburg

### Der größte politische Fehler

Nr. 33/2016 Zwei Wochen im September: Was trieb Merkel dazu, die Flüchtlinge ins Land zu lassen?

Ein ausgesprochen wertfrei-sachliches Bemühen, Merkels politisch und medial über Gebühr strapazierten Ausspruch „Wir schaffen das“ zu beleuchten. Er wird eines ferneren Tages neben Luthers legendärem Ausspruch „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir, Amen“, Kennedys emphatischem Bekenntnis „Ich bin ein Berliner“ und Martin Luther Kings eindringlichem Appell „I have a dream“ in den Geschichtsbüchern zu finden sein. Populistische Grenzgänger aus Bayern können hierin keinen Platz beanspruchen.

Karl-Heinz Groth, Goosefeld (Schl.-Holst.)



Flüchtling in Budapest am 3. September 2015

Wenn es stimmt, dass all dies als eine Reaktion auf Beleidigungen durch Demonstranten geschah, kann man nur hoffen, dass Merkel ihr Amt bald niederlegt. So darf eine Kanzlerin nicht entscheiden, so

unfähig zur Korrektur der falschen Politik darf man in diesem Amt nicht sein. Sie hätte von ihren Vorgängern lernen können: Was haben sich Kiesinger, Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder nicht alles an Beleidigungen und Schmähungen gefallen lassen müssen, ohne die Kontrolle über ihre Amtsführung zu verlieren.

Joachim Andrés, Selm (NRW)

Als einfach denkender Mensch habe ich bislang stets unterstellt, dass Merkel den Friedensnobelpreis angepeilt hatte. Dass sie sich lediglich Sachzwängen unterworfen hat, war mir nicht klar. Wie wäre es aber mit dem Friedensnobelpreis für die deutsche Bevölkerung, die Merkels „Wir schaffen das“ noch über Jahrzehnte beschäftigen wird? Nicht zuletzt auch, um die bedrohlichen Rechtsaußen zu beschämen?

Dr. Christine Baumann, Wiesloch (Bad.-Württ.)

Sie versuchen, Merkels Entscheidung, das Dublin-Verfahren auszusetzen und Asylsuchende unbeschränkt in Deutschland hereinzulassen, als alternativlos in Anbetracht der sich überschlagenden Geschehnisse im September letzten Jahres darzustellen. Warum aber reagierte Deutschland erst nach vier Jahren Bürgerkrieg in Syrien auf die Probleme dort? Im Gegensatz zu Herrn Orbán hat Merkel zu spät begriffen, dass man bei über 66 Millionen Flüchtlingen und etwa 800 Millionen hungernden Menschen in der Welt keine andere Wahl hat, als die EU-Außengrenzen zu schützen.

Jan Anker, Woluwe-Saint-Pierre (Belgien)

Es wird stillschweigend unterschlagen, dass die Ankündigung Merkels, wonach sie bei der Aufnahme von „Flüchtlingen“ keine „Obergrenze“ akzeptiere, den Ansturm erst ausgelöst hat. Sie hat sich dadurch in eine Ecke manövriert, aus der sie nur durch die Übernahme der in Ungarn festsetzenden Migranten herauskommen zu können glaubte. Die in Ungarn ausgelösten Probleme waren ihr so ziemlich egal. Eine Prestigefrage also.

Ferenc Csapó, Érd (Ungarn)

Es ist völlig gleichgültig, aus welchen Gründen die Kanzlerin im September 2015 gehandelt hat. Die ungeordnete Einwanderung von etwa einer Million Migranten erweist sich schon jetzt als der größte politische Fehler der Bundesrepublik. Alles, was unternommen wird, wird sich als unzureichend erweisen.

Arndt Schuster, Jena